Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 225 (1952)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(Vom 1. Juli 1950 bis 30. Juni 1951)

Im Mittelpunkt der politischen Ereignisse der Berichtsperiode steht, sechs Jahre nach Kriegsende, leider immer noch nicht der Friedensschluß, sondern ein neuer Krieg: der Krieg in Korea. Obwohl dieser Krieg, über dessen Ausbruch der Chronist bereits in seiner letztjährigen Übersicht berichten mußte, sich weitab im Fernen Osten abspielt und bis heute auf jene asiatische Halbinsel beschränkt bleiben konnte, ist er doch das Ereignis, das wie kein anderes des Jahres die weltpolitischen Entwicklungen beeinflußt hat. Die Brandröte in Korea warf ihren Schein nicht nur über Asien, sondern bis nach Amerika, nach Europa und selbst bis nach Afrika.

*

Hier zunächst ein kurzer Überblick über den Verlauf der Kämpfe auf dem Kriegsschauplatz:

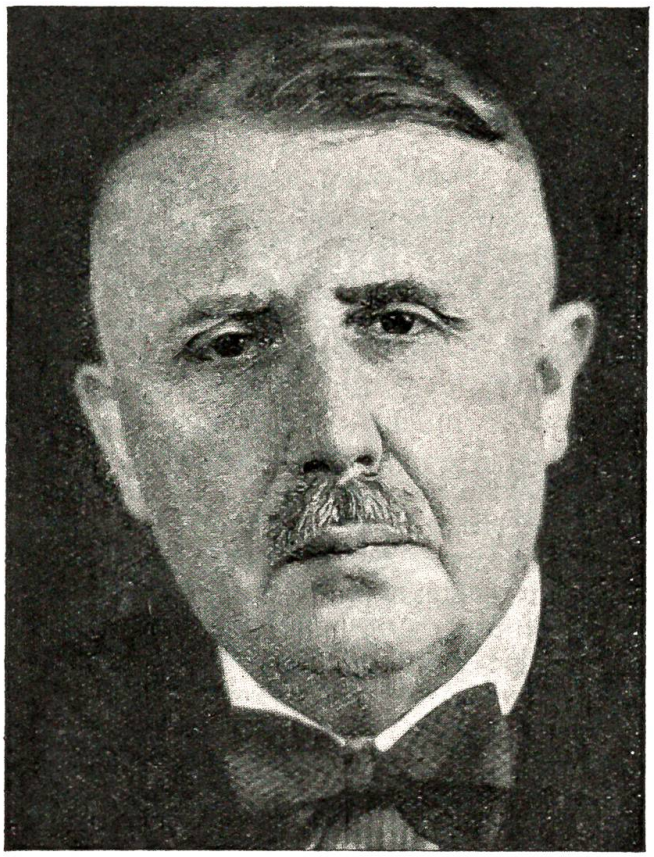
Der Ende Juni 1950 von den kommunistischen Nordkoreanern gegen Südkorea eröffnete Angriff machte rasche Fortschritte. Nach wenigen Tagen schon besetzten die Nordkoreaner die südkoreanische Hauptstadt Söul, die unweit des 38. Breitengrades liegt, der die Grenze bildet. Die überrumpelten und ungenügend ausgerüsteten südkoreanischen Truppen setzten dem Gegner nur schwachen Widerstand entgegen. Die Flugzeuge und Kriegsschiffe, die die Amerikaner nach dem ersten Appell des Sicherheitsrates der UNO von Japan aus nach Südkorea entsandten, konnten zwar dem Nachschub der Angreifer Schaden zufügen, aber die Lage an der Landfront nicht ändern. Nachdem der Sicherheitsrat den Oberbefehl über die für Südkorea kämpfenden Truppen dem Oberkommandierenden der alliierten Besetzung in Japan, General MacArthur, übertragen hatte, wurden nun kurz nach Mitte Juli auch amerikanische Landtruppen nach Korea verbracht. Es waren zunächst zwei Divisionen meist sehr junger Leute, die in Japan Besetzungsdienst geleistet hatten, aber für den Kampf an der Front nur ungenügend ausgebildet und bewaffnet waren. Unter oft schweren Verlusten gelang es ihnen immerhin, den Vormarsch der Nordkoreaner stellenweise zu verlangsamen. In der ersten Hälfte September jedoch war nur noch ein relativ kleines Dreieck am Südzipfel der Halbinsel in den Händen der unter der Fahne der Vereinten Nationen kämpfenden amerikanischen und südkoreanischen Truppen; die Spitze dieses Dreiecks bildete die Stadt Taegu, die zeitweise bereits unter dem Artilleriefeuer der Angreifer lag, die Basis war die Küste mit der Hafenstadt Fusan, wohin sich schon im August auch die südkoreanische Regierung geflüchtet hatte.

Dann trat Mitte September eine Wendung ein. In einem überraschenden, großangelegten Angriff landeten amerikanische Flottenstreitkräfte Truppen weit hinter der Front bei Inchon, dem Hafen von Söul, und gleichzeitig eröffneten die inzwischen verstärkten UNO-Truppen an der Taegu-Front eine erste große Gegenoffensive. Durch den Vorstoß der gelandeten Einheiten nach Söul drohte den Nordkoreanern die Gefahr, von ihren rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten zu werden. Sie zogen sich deshalb rasch aus Südkorea zurück, und bereits Ende September standen die Südkoreaner und Amerikaner wieder auf der Höhe des 38. Breitengrades. In jenen Tagen forderte General MacArthur die Nordkoreaner wiederholt zur Kapitulation auf, die jedoch abgelehnt wurde, worauf zunächst südkoreanische und, nachdem die UNO-Generalversammlung mit 47 gegen 5 Stimmen die Überschreitung des 38. Breitengrades gebilligt hatte, auch amerikanische Truppen über die Grenzlinie nach Nordkorea vormarschierten. Ende Oktober wurde der Fluß Yalu, der auf weite Strecken die Grenze nach der Mandschurei hin bildet, an einer Stelle erreicht, und als die UNO-Truppen in der zweiten Hälfte November auch an andern Stellen am Yalu standen, kündigte MacArthur eine neue Offensive an, die „das Ende des Krieges" bringen werde, da die nordkoreanische Armee so gut wie vernichtet sei.

Es kam aber anders. Noch vor Ende November unternahmen die Nordkoreaner, unter denen schon seit einiger Zeit auch chinesische sogenannte „Freiwillige" festgestellt worden waren, eine großangelegte Offensive, worauf MacArthur die aufsehenerregende Mitteilung machte, daß „ein völlig neuer Krieg" begonnen habe und den UNO-Truppen nunmehr schätzungsweise 200 000

kommunistische Chinesen gegenüberständen. Dem ohne Rücksicht auf Menschenverluste vorgetragenen Angriff der Kommunisten vermochten die UNO-Streitkräfte nicht standzuhalten, räumten anfangs Dezember die nordkoreanische Hauptstadt Pyongyang, und Mitte Dezember verlief die Front neuerdings im Gebiet des 38. Breitengrades. Eine neue Offensive eröffneten die Kommunisten in der Neujahrsnacht, eroberten am 4. Januar Söul zum zweitenmal und drangen dann weiter nach Südkorea hinein vor. Auf der Höhe der Stadt Wonju begann der Angriff jedoch zu erlahmen.

Aus ihren neuen Stellungen südlich von Wonju schritten dann Ende Januar wieder die UNO-Truppen zum Angriff, der diesmal als Offensive „mit beschränkten Zielen" bezeichnet wurde. Angriffe und Gegenangriffe wechselten in den folgenden Wochen, wobei die kommunistischen Streitkräfte durch eine schwere Typhusepidemie geschwächt wurden. Die UNO-Truppen erzielten langsame Fortschritte, besetzten Mitte März erneut Söul, und gegen Ende des Monats verliefen die Fronten wiederum auf der Höhe des 38. Breitengrades. Seither sind größere Veränderungen nicht mehr eingetreten, da die kommunistischen Frühjahrsoffensiven im April und Mai unter außerordentlich schweren Verlusten für die Angreifer zurückgewiesen werden konnten. Nach amerikanischen Schätzungen haben Nordkoreaner und Chinesen seit Kriegsbeginn 1 165 000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen verloren, während die Verluste der Südkoreaner 170 000 Mann betrugen und die übrigen UNO-Truppen 80 000 Mann einbüßten, davon allein die Amerikaner 75 000 Mann. Die furchtbarsten Verluste aber erlitt das koreanische Volk: schätzungsweise 3 Millionen Zivilisten haben in diesem Krieg ihr Leben verloren, und die Städte und Dörfer des Landes sind zum großen Teil verwüstet!



Eduard von Steiger
Bundespräsident für das Jahr 1951

Aus dieser militärischen Übersicht geht hervor, daß bisher alle Bemühungen um eine friedliche Lösung des Koreakonfliktes erfolglos blieben. Sowenig wie der erste Appell des Sicherheitsrates zur Einstellung der Feindseligkeiten erreichten die im Juli von den Regierungen Englands und Indiens an die Sowjetunion gerichteten Noten, worin Moskau um vermittelnde Intervention bei den Nordkoreanern ersucht wurde, ihr Ziel. Der Aufforderung der UNO an ihre Mitgliedstaaten, die gegen den Friedensbrecher kämpfenden Streitkräfte durch Entsendung von Truppen zu verstärken, folgten bald einmal Australien, England und Neuseeland; später gingen auch französische, belgische, holländische, luxemburgische, türkische, griechische, kanadische, kolumbische, philippinische, siamesische, südafrikanische und schließlich abessinische Kontingente nach Korea ab, so daß heute tatsächlich eine internationale Armee, die sich aus Soldaten von 16 Nationen zusammensetzt, unter der UNO-Fahne vereinigt ist, wobei allerdings die Südkoreaner und Amerikaner nach wie vor die Hauptmacht stellen.

Daß die UNO ihre gegen den Angreifer gerichtete Politik zielbewußt fortsetzte, obwohl die

russischen Vertreter ihre Mitarbeit im Sicherheitsrat und in den andern Organen eingestellt hatten, veranlaßte Moskau, diesen Boykott am 1. August aufzugeben. Die Sowjetdelegierten nahmen ihre Plätze wieder ein, setzten aber auch ihre Veto-Politik und Verzögerungstaktik fort. Daraufhin hieß die Generalversammlung am 3. November mit 52 gegen 5 Stimmen einen im wesentlichen amerikanischen Vorschlag gut, wonach die Generalversammlung selber jederzeit die Dinge in ihre eigenen Hände nehmen könne, falls der Sicherheitsrat durch Vetos am Handeln verhindert sein sollte.

Gleichzeitig aber wurden von der UNO auch die Bemühungen für eine Einstellung der Kämpfe fortgesetzt. Besonders die asiatischen und afrikanischen Mitgliedstaaten, die dem hauptsächlich von den Amerikanern unterstützten Vorgehen mit Mißtrauen gegenüberstanden, weil sie dahinter kolonialpolitische Absichten vermuteten, ergriffen wiederholt die Initiative für eine Vermittlung. Anfangs Dezember, als die nordkoreanisch-chinesischen Streitkräfte sich wieder dem 38. Breitengrad näherten, richtete diese „asiatisch-arabische Gruppe", zu der sich unter der Führung Indiens zwölf Staaten zusammengeschlossen hatten, einen direkten Appell an das kommunistische China, diese Demarkationslinie nicht noch einmal zu überschreiten. Der Appell hatte freilich keinen Erfolg; dennoch bleibt die Tatsache weltpolitisch bedeutsam, daß sich hier zum erstenmal in der Nachkriegszeit so etwas wie eine „dritte Partei" gebildet und ihre Absicht zu einer eigenen Politik bekundet hatte, indem sich diese „asiatisch-arabische Gruppe" vermittelnd zwischen die beiden großen gegnerischen Lager, die westlichen Demokratien und den östlichen Kommunismus, einzuschalten suchte. Erneut zeigte sich ihre Opposition nach Neujahr, als Amerika den Antrag stellte, nun auch China als „Angreifer" zu bezeichnen; erst am 1. Februar konnte die betreffende Resolution mit 32 gegen 14 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen werden.

Bei den Vermittlungsversuchen spielte auch die Überlegung mit, daß es nicht im Interesse Chinas liegen könne, in Korea seine besten Truppen für Ziele zu opfern, hinter denen letzten Endes Moskau stand; man rechnete damit, daß Peking eines Tages einlenken werde, um sich nicht allzusehr zu schwächen und damit in die Gefahr völliger Abhängigkeit von der Sowjetunion zu geraten. Besonders in London, aber auch in Regierungskreisen Washingtons teilte man diese Auffassung, wobei zugleich die Rücksicht auf den innern Zusammenhalt der antikommunistischen Front der UNO-Staaten eine Rolle spielte; denn verschiedene Mitgliedstaaten, besonders solche aus den Reihen der erwähnten „dritten Partei", machten ihre Unterstützung der Korea-Politik der UNO davon abhängig, daß alle Möglichkeiten zur Herbeiführung einer friedlichen Regelung ausgeschöpft würden.

Demgegenüber vertrat General MacArthur, der Oberkommandierende der UNO-Truppen, unterstützt von den politischen Gegnern des amerikanischen Präsidenten Truman, die Auffassung, daß nur eine verschärfte Kampfführung verbunden mit einer Blockade Chinas und der Bombardierung der chinesischen rückwärtigen Verbindungen in der Mandschurei ein rasches Kriegsende herbeiführen könne. Die Meinungsverschiedenheiten spitzten sich zu, als sich die UNO-Streitkräfte im März erneut dem 38. Breitengrade näherten und MacArthur offen für die Ausdehnung der „Offensive mit begrenzten Zielen" und für den Einsatz chinesischer nationalistischer Truppen gegen das kommunistische China eintrat. Bei wem sollte die Entscheidung liegen: bei der für die Gesamtpolitik verantwortlichen Regierung oder bei dem für die Kriegführung verantwortlichen General? Die Frage wurde am 11. April damit beantwortet, daß Truman als Präsident und damit Oberkommandierender der gesamten Streitkräfte der Vereinigten Staaten den 71jährigen General MacArthur absetzte, und zwar mit der Begründung, daß er „unfähig" sei, die Regierungspolitik zu unterstützen; zu seinem Nachfolger wurde General Matthew B. Ridgway ernannt, der die amerikanischen Truppen an der Front kommandierte. Der Entscheid erregte in der ganzen Welt größtes Aufsehen und zog überall in der Öffentlichkeit rege Diskussionen nach sich.

Etwas mehr als zwei Monate später wartete dann auch die Gegenpartei mit einer Überraschung auf: am 23. Juni, also am Vorabend

Als erste Fluggesellschaft in Europa
stellt die Swißair die neue Douglas DC 6B in Dienst.
ATP-Bilderdienst Zürich

des Jahrestages des Kriegsausbruchs, hielt der russische Vertreter bei der UNO, Malik, im Radio der UNO eine Rede, in der er zum Schluß den Vorschlag machte, es sollte ein Waffenstillstand am 38. Breitengrad herbeizuführen versucht werden. Die Amerikaner und die andern am Kampf in Korea beteiligten UNO-Mitgliedstaaten zeigten sich sogleich zu Verhandlungen bereit, allerdings unter gewissen Garantien dafür, daß die Kampfpause von den Kommunisten nicht zur Vorbereitung einer neuen Offensive ausgenützt würde. Bei Abschluß dieser Chronik sind darüber erste diplomatische Fühlungnahmen besonders zwischen Washington und Moskau im Gange. Über ihr Ergebnis wird nächstes Jahr zu berichten sein, und der Chronist wendet sich nun den politischen Ausstrahlungen des Koreakrieges auf die andern Teile der Welt zu.

*

Die allergrößte Sensation löste die Enthebung MacArthurs von seinen sämtlichen Funktionen im Fernen Osten natürlich in den Vereinigten Staaten selber aus und führte dort zu lebhaften politischen Auseinandersetzungen, die mehrere Wochen lang andauerten. Die Demokraten billigten im wesentlichen das Vorgehen des Präsidenten, die Republikaner, die im November bei den Teilwahlen ins Parlament ihre Position hatten verbessern können, ergriffen für den General

Partei, der bei seiner Rückkehr nach Amerika wie ein Triumphator empfangen wurde. Vor den Senatskommissionen für Verteidigung und Außenpolitik begannen dann anfangs Mai sogenannte „Hearings", das heißt Abhörungen über die umstrittenen Vorgänge, wobei die einzelnen Minister und Generäle oft tagelang über ihre Auffassungen befragt und nicht nur die Koreafrage, sondern sämtliche Probleme der amerikanischen Außenpolitik vor der Öffentlichkeit in einer Breite aufgerollt wurden, wie das die Welt bisher noch nie erlebt hatte. Auch die Rüstungspolitik kam dabei mehrfach zur Sprache, die seit Ausbruch des Koreakrieges in verstärktem Maße fortgesetzt wird und als deren Ziel Truman bereits im Herbst die Aufstellung einer Armee von 3 Millionen Mann genannt hatte. Im Sinne einer Beschleunigung dieser Politik ist im September der Verteidigungsminister Johnson durch den früheren Generalstabschef und Außenminister George Marshall ersetzt und wenige Tage vor Weihnachten von Präsident Truman der „Nationale Notstand" proklamiert worden, unter dem die Regierung Vollmachten zur Umstellung der Industrie auf Kriegsproduktion erhalten hat.

Die Auswirkungen des Koreakrieges auf Europa bestanden nicht nur in den bereits erwähnten Truppensendungen verschiedener Länder an die Kampffront, sondern auch in der Beschleunigung der Maßnahmen zum Ausbau des Atlantikpaktes. Korea hatte einmal mehr gezeigt, daß der Kommunismus vor dem Krieg nicht zurückschreckt, wenn dies seinen Absichten dient und ihm der Augenblick günstig erscheint. Westeuropa verstärkte daher seine Abwehrkraft, um nicht eines Tages ein „Korea" zu werden. In allen Atlantikpaktstaaten erhöhte man die Rüstungskredite beträchtlich; auf verschiedenen Konferenzen wurde für die geplante Atlantik-Armee ein Einheitskommando beschlossen und im Dezember der amerikanische General Dwight D. Eisenhower, der Oberkommandierende der westlichen Alliierten im zweiten Weltkrieg, zum Oberbefehlshaber ernannt, der kurz nach Neujahr in Europa eintraf und sein Hauptquartier in der Nähe von Paris aufschlug. Die Amerikaner schickten aber nicht nur den Befehlshaber, sondern auch beträchtliches Kriegsmaterial und im Mai noch vier weitere für Deutschland bestimmte Divisionen nach Europa. Außerdem hatten sie bereits im November mit der französischen Regierung ein Abkommen abgeschlossen, um in Frankreich große Lager von kriegswichtigem Material anzulegen. Die Frage, ob auch eine westdeutsche Armee aufgestellt werden solle, wurde zeitweise stark diskutiert, trat dann aber wieder etwas in den Hintergrund.

Die Sowjetunion jedoch benutzte gerade diese Frage, um sie als die ernsteste Gefahr für den Frieden hinzustellen. Während die Kommunisten in der deutschen Ostzone die „Volkspolizei" gewaltig vermehrten, mit schweren Waffen ausrüsteten und aus ihr eine regelrechte Armee aufbauten, von der Teile auch an Manövern der russischen Besetzungstruppen teilnahmen, protestierte Moskau immer wieder gegen die Aufrüstungspläne für Westdeutschland, als ob sie schon verwirklicht wären. Gestützt auf die sogenannte „Prager Erklärung", mit der sich eine Außenministerkonferenz der Ostblockländer im Oktober gegen die „Wiederaufrüstung" Westdeutschlands gewendet hatte, schlug die Sowjetunion anfangs November eine Viermächte-Konferenz über die Entmilitarisierung Deutschlands vor. Amerika, England und Frankreich stimmten schließlich zu, worauf Vertreter der vier Regierungen anfangs März in Paris zu einer Vorkonferenz zusammentraten, um eine Traktandenliste auszuarbeiten. Rund 75 Sitzungen wurden dann bis gegen Ende Juni abgehalten, ohne daß man zu einer Einigung gelangen konnte! Denn die Russen wollten nur über Deutschland und den Atlantikpakt, aber nicht über ihre eigene Gleichschaltungs- und Aufrüstungspolitik in den osteuropäischen Staaten diskutieren lassen, wogegen sich die Westmächte einer Diskussion des Atlantikpaktes widersetzten. Dabei wurde gerade im Verlauf des Berichtsjahres bekannt, daß nun auch in der Tschechoslowakei und in Ungarn die Armeen nach russischem Muster reorganisiert werden, wie das in Polen bereits geschehen ist. Und in Bulgarien ist man im November so weit gegangen, die Sowjetbürger, die dort in immer größerer Zahl eintreffen, den Bulgaren gleichzustellen. Inzwischen wurden in allen Oststaaten die „Säuberungen" weitergeführt, zum Teil unter den neu erlassenen „Friedensschutzgesetzen", die sich in all

den Ländern wie ein Ei dem andern gleichen; diese Gesetze richten sich hauptsächlich gegen „Spione" und „Saboteure". So wird dort alles einheitlich auf Moskau ausgerichtet, damit der Kommunismus auch im Westen in gleicher Weise gefestigt dastehe wie im Osten, wo seine „Freiwilligen" den „Befreiungskrieg" in Korea führen.

Endlich müssen hier nun auch noch einige Ereignisse und Vorgänge in Asien und Afrika erwähnt werden, obwohl sie auf den ersten Blick mit dem Koreakrieg nicht im Zusammenhang stehen. Wer jedoch die Entwicklung aufmerksam verfolgt hat, der kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sowohl durch die Bedeutung, die die ganze Welt diesem Krieg auf asiatischem Boden zumaß, wie durch die erwähnte politische Rolle, die dabei die „asiatisch-arabische Gruppe" in der UNO zu spielen vermochte, das nationale Selbstgefühl der „Farbigen" stark gehoben worden ist. Manche dieser Regierungen hielten den Augenblick zur Verwirklichung eigener Ansprüche für gekommen.

So hat Indonesien bereits im August über die mit Holland geschlossenen Verträge für eine föderalistische Union hinweg eine provisorische Verfassung angenommen, die den Bundesstaat zum zentralistisch geleiteten Einheitsstaat erklärt; zudem hat der indonesische Präsident Soekarno die schon früher erhobenen Ansprüche auf Holländisch-Neuguinea mehrfach wiederholt. In Indochina sind die Kämpfe im Herbst neu aufgeflammt und bis heute noch nicht erloschen, obwohl die französische Regierung bedeutende Truppenverstärkungen und als neuen Hochkommissar und Kommandanten den General de Lattre de Tassigny dorthin entsandt hat. Auch in Französisch-Nordafrika ist die französische Herrschaft auf wachsende Schwierigkeiten gestoßen, und die dor-

Hochwasser am Bodensee (26. Juni 1951)
Das auf Pfählen gebaute historische Kornhaus in Rorschach ist vollends vom Wasser umspült.
ATP-Bilderdienst Zürich

tigen Nationalisten finden nicht nur die moralische Unterstützung der arabischen Länder, sondern der muselmanischen Welt überhaupt. So forderte der zweite islamische Weltkongreß, der im Februar in Karachi, der Hauptstadt Pakistans, stattfand und Vertreter von Ländern vereinigte, die zusammen mehr als 400 Millionen Mohammedaner zählen, alle muselmanischen Staaten auf, die „Befreiung" Nordafrikas zu fördern und der Herrschaft Frankreichs in Marokko, Algerien und Tunesien ein Ende zu setzen. In Ägypten verlangte König Faruk in einer Thronrede die Aufhebung des Vertrages mit England aus dem Jahre 1936 und den Anschluß des Sudans an sein Reich. Auch die Neger der Goldküste, einer britischen mittelafrikanischen Kolonie, sprachen sich in der ersten Volksabstimmung, die die Engländer dort durchführten, mehrheitlich für die Selbstregierung aus. Größere Sorgen bereitete jedoch den Engländern die Entwicklung in Iran (Persien), wo die Nationalisten die Verstaatlichung der Erdölindustrie forderten, die im wesentlichen von englischen Technikern und mit britischem Kapital zur Höhe gebracht wurde und heute Hauptversorgerin des Westens mit Erdölen ist. Bereits haben nun im Mai Regierung und Parlament Persiens die Nationalisierung der britisch-iranischen Ölgesellschaft beschlossen, doch stößt die Verwirklichung der Beschlüsse auf Schwierigkeiten, und die Londoner Regierung hat zur Wahrung der britischen Rechte den Internationalen Gerichtshof im Haag angerufen.

Das alles will nun freilich nicht heißen, daß diese politischen Aktionen und Ereignisse in der asiatischen und afrikanischen Welt bewußt einheitlich ausgerichtet seien oder gar von einer zentralen Stelle aus gelenkt werden. Dafür gibt es zwischen diesen Völkern allzuviele Gegensätze und Rivalitäten, so etwa innerhalb der arabischen Staatengruppe. Auch die Anstrengungen Chinas zu vermehrter Einflußnahme in Tibet auf Kosten Indiens und die Unruhen in Nepal wiesen auf ernsthafte Spannungen auf dem asiatischen Kontinent hin.

Aber wie im 19. Jahrhundert die europäischen Mächte bei schärfster machtpolitischer Konkurrenz doch einheitlich nach kolonialer Herrschaft strebten, so zeichnet sich heute in den Kolonien und bei den in anderer Form von den Großmächten abhängigen oder bevormundeten Völkern die Gegenbewegung ab: der Wille zur Abschüttelung der Bevormundung und der Kampf gegen den Kolonialismus. Schon in seinem letzten Bericht hat der Chronist auf diese Tendenzen hingewiesen, die sich nun im Schatten des Koreakrieges bedeutend verstärkt haben.

Neben diesen Entwicklungen, die an den Grundlagen des uns gewohnten politischen Weltbildes rütteln, er-

Mit Begeisterung erleben 1300 Bergkinder aus verschiedenen Kantonen auf dem Flugplatz Kloten die Lufttaufe.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

scheinen die Ereignisse in den einzelnen Ländern als von nur untergeordneter, sozusagen lokaler Bedeutung. Das gilt diesmal sogar von den Bemühungen für eine Einigung Europas, die fortgesetzt worden sind, aber nur bescheidene Fortschritte gemacht haben. Immerhin ist in mehrfachen Konferenzen nun der Schumanplan für eine europäische Kohlen- und Stahlunion ausgearbeitet und am 18. April von Frankreich, Westdeutschland, Belgien, Holland, Luxemburg und Italien unterzeichnet worden; er wird aber noch von den Parlamenten der verschiedenen Länder genehmigt werden müssen, ehe er in Kraft gesetzt werden kann. Die Unterzeichnung dieses Abkommens bildete den Auftakt zur endgültigen Aufnahme der westdeutschen Bundesrepublik in den Straßburger Europarat anfangs Mai.

Störemetzger

Photo Paul Senn, Bern

In Westdeutschland selber haben bei Wahlen in verschiedenen Bundesländern die Kommunisten weiter an Boden verloren, dagegen die Rechtsparteien zum Teil beträchtlich Stimmen gewonnen. Von den Alliierten ist das Besetzungsstatut gelockert und der Bundesregierung sind größere Machtbefugnisse besonders auch auf außenpolitischem Gebiet eingeräumt worden; verschiedene Staaten, darunter die Schweiz, haben daraufhin in Bonn Gesandtschaften errichtet.

In Österreich, wo die Kommunisten im Herbst ihre Agitation verstärkten und anfangs Oktober einen Generalstreik durchführten, aber dann im November in den Wahlen im Burgenland schwere Stimmenverluste erlitten, obwohl dieser Teil zur Sowjetzone gehört, ist als Hauptereignis die Wahl des neuen Bundespräsidenten zu vermerken: an Stelle des kurz vor Neujahr verstorbenen Dr. Karl Renner wurde Ende Mai der sozialdemokratische Wiener Bürgermeister Dr. Theodor Körner gewählt, der im ersten Weltkrieg Generalstabschef der österreichischen Armee an der italienischen Front gewesen war.

Unsere romanischen Nachbarländer haben beide im Frühling wichtige Wahlen erlebt. In Italien, wohin während des „heiligen Jahres" Pilger aus der ganzen Welt geströmt waren und wo der Papst das selbst bei den Katholiken nicht unbestrittene Dogma von der leiblichen Himmelfahrt der Maria verkündet hatte, fanden im Mai und Juni Gemeindewahlen statt, wobei sich eine gewisse Entwicklung zu den Extremen links und rechts, den Kommunisten und den Neofaschisten, zeigte, die Kommunisten aber trotzdem in mehr als tausend Gemeinderäten im ganzen Land ihre bisherige Mehrheit einbüßten. Ähnlich verliefen

am 17. Juni in Frankreich die Parlamentswahlen, die gestützt auf ein neues Wahlgesetz nicht mehr nach dem Proporz, sondern nach dem Majorzverfahren durchgeführt wurden. Hier erwiesen sich die Kommunisten und die auf der äußersten Rechten stehende Partei des Generals de Gaulle als die stärksten Parteien. In der neuen Nationalversammlung jedoch erlangten dank der Listenverbindungen die Mittelparteien die Mehrheit.

In Belgien hat, wie vorausgesehen, die Rückkehr König Leopolds III. zu ernsten Zwischenfällen, Streiks, Zusammenstößen und schließlich Ende Juli zu einem hauptsächlich von den Sozialdemokraten und der Arbeiterschaft organisierten „Marsch nach Brüssel" geführt, worauf der König auf seine Rechte verzichtete und sie dem Kronprinzen Baudouin übertrug; sogleich kehrte daraufhin die Ruhe im Lande wieder zurück. Zu Unruhen und Streiks kam es im März und April auch in Spanien, obwohl unter dem dortigen diktatorischen Regime Streiks verboten sind; aber das Mißverhältnis zwischen den Löhnen und den steigenden Preisen ist in diesem Lande so groß, daß schließlich nicht nur die Arbeiter, sondern auch andere Bevölkerungskreise offen dagegen demonstrierten. Die Regierung Franco hat seither Abhilfemaßnahmen in Aussicht gestellt.

Aus England ist als Hauptereignis die große britische Reichsausstellung zu melden, die im Frühling eröffnet wurde und diesmal nicht nur, wie diejenige vor hundert Jahren, aus der Hauptschau in London besteht, sondern auch festliche Veranstaltungen in andern Städten Englands umschließt und sogar eine schwimmende Ausstellung auf einem großen Dampfer, der die Häfen des Landes besucht. In Irland (Eire) haben die Parlamentswahlen Ende Mai keine wesentlichen Veränderungen in den Parteistärken gebracht, aber doch dazu geführt, daß erneut der frühere Ministerpräsident de Valera und seine Fianna-Fael-Partei die Regierung übernahm. Aus den skandinavischen Ländern sei lediglich erwähnt, daß in Schweden Ende Oktober der über 90jährige König Gustav V. gestorben ist und sein auch schon bald 70jähriger Sohn als Gustav VI. Adolf den Thron bestiegen hat.

*

Die Chronik der Schweiz sei mit dem Ergebnis der eidgenössischen Volkszählung vom 1. Dezember eröffnet; danach hat unser Land heute 4 714 900 Einwohner, was seit 1941 eine Steigerung um rund 10 Prozent und seit 1850 fast eine Verdoppelung darstellt, da die Bevölkerungszahl vor hundert Jahren 2 392 700 betrug.

Auf außenpolitischem Gebiet ist zu erwähnen, daß sich der Bundesrat im November auf Wunsch der UNO mit der Beteiligung an einer Hilfsaktion für das verwüstete Korea bereiterklärte, daß die Schweiz sich auch an der internationalen Flüchtlingshilfe beteiligt und daß das Parlament im Oktober den Beitritt zur Europäischen Zahlungsunion genehmigt hat. Zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau unserer Handelsbeziehungen mit dem Ausland mußten wiederum oft schwierige Verhandlungen geführt werden, nicht zuletzt auch mit den Vereinigten Staaten, die sogar mit der Kündigung des schweizerisch-amerikanischen Handelsvertrages drohten, falls die Schweiz die sogenannte „Ausweichklausel", mit der sich die USA gewisse Vorteile im Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland zu sichern suchen, nicht anerkennen sollte; wie andere europäische Regierungen hat schließlich auch der Bundesrat dieser Klausel zugestimmt.

Von der Außenpolitik zur Innenpolitik: Viermal sind die eidgenössischen Stimmbürger an die Urne gerufen worden. Am 1. Oktober wurde die sogenannte Jungbauerninitiative „Schutz des Bodens und der Arbeit durch Verhinderung der Spekulation" mit 428 200 Nein gegen 158 600 Ja und mit allen Standesstimmen verworfen. Am 3. Dezember kam die Bundesfinanzvorlage zur Abstimmung, die der Bundesrat nach dem verwerfenden Volksentscheid vom 4. Juni als Übergangslösung für die Jahre 1951–54 vorgelegt hatte; sie wurde mit 516 700 Ja gegen 227 100 Nein angenommen. Gleichzeitig wurde auch der Vorlage über die Erhöhung der Wahlgrundlage für den Nationalrat mit 450 300 Ja gegen 218 600 Nein zugestimmt, so daß bei den nächsten Nationalratswahlen nun auf 24 000 Seelen statt wie bisher auf 22 000 ein Nationalrat gewählt werden wird. Am 25. Februar sodann wurde die Autotransportordnung mit 399 600 gegen 318 000 Stimmen ver-

worfen; nur 6 Kantone hatten annehmende Mehrheiten. Endlich wurde am 15. April die sogenannte Freigeldinitiative, die eine Abänderung des Notenbankartikels der Bundesverfassung zum Ziele hatte, mit 620 900 Nein gegen 88 800 Ja und von allen Ständen verworfen, der Gegenvorschlag der Bundesversammlung jedoch mit 490 000 Ja gegen 209 700 Nein und von allen Kantonen angenommen. Dieser eidgenössischen Abstimmungschronik sei noch eine kantonale Abstimmung hinzugefügt, weil ihr grundsätzliche und staatspolitische Bedeutung zukommt. Am 29. Oktober hatte das Bernervolk über die Juraartikel abzustimmen, mit denen der französischsprachigen Bevölkerung des Berner Juras die Anerkennung als eigener Volksteil und gewisse Vorrechte eingeräumt wurden; diese Änderung der bernischen Kantonsverfassung wurde mit 69 000 Ja gegen nur 7300 Nein angenommen, womit die tolerante Minderheitenpolitik, wie wir sie in der Schweiz kennen, erneut einen eindrücklichen Sieg davongetragen hat.

Im übrigen machte die gespannte internationale Lage ihren Einfluß auch im Berichtsjahr auf unsere Innenpolitik geltend. Der Bundesrat, in den an Stelle des zum Gesandten in Rom ernannten Tessiners Celio der katholisch-konservative Nationalrat Dr. Joseph Escher als erster

Winterlandschaft in der Umgebung von Bern

Photo Paul Senn, Bern

Walliser seit 1848 eintrat, hatte sich, wie auch das Parlament, wiederholt mit der Landesverteidigung zu befassen. Neben der neuen Truppenordnung, der Verpflichtung zum Einbau von Luftschutzräumen, der Entfernung von Extremisten aus der Bundesverwaltung und ähnlichen Fragen gab besonders das große Rüstungsprogramm viel zu reden, das sich auf die Jahre 1951 bis 1956 erstreckt und zusätzlich zum ordentlichen jährlichen Militärbudget von 460 Millionen einen Betrag von 1 Milliarde 463 Millionen Franken erfordert. Es wurde im März und April von der Bundesversammlung gutgeheißen, dagegen konnte man sich über die Finanzierung nicht einigen, weil der Nationalrat eine vom Ständerat genehmigte Getränkesteuer als Beitrag an die Gesamtkosten ablehnte, worauf schließlich beide Räte die Rückweisung der Finanzierungsvorlage an den Bundesrat beschlossen. Der Chronist ist der Meinung, dieser Streit um die Getränkesteuer sei just kein schweizerisches Ruhmesblatt. Wo es um die Sicherheit unseres Landes und um die Erhaltung unserer Freiheit geht und wo man in Festreden gerne vom Opferwillen bis zum „letzten Blutstropfen" spricht, da sollte man auch den Mut und die Kraft aufbringen, die paar Steuerrappen auf dem Tropfen Trankſame zu tragen.

Daß übrigens in unserem Volke die Opferbereitschaft doch nicht etwa eingeschlafen ist, wie man bei der Getränkesteuerdiskussion hätte meinen können, das hat sich bei anderer Gelegenheit gezeigt, nämlich bei den furchtbaren Lawinengängen, von denen nach Neujahr viele Berggegenden, besonders im Wallis, im Bündnerland und im Gotthardgebiet, heimgesucht worden sind. Nachdem schon im November schwere Stürme und Regenfälle im Unterland zu Überschwemmungen geführt hatten, brachte der Winter in den Bergen so gewaltige Schneemengen, daß sich auch die ältesten Leute nicht erinnern konnten, Ähnliches erlebt zu haben. Ganze Dörfer wurden vom Verkehr abgeschnitten und mußten oft längere Zeit durch Flugzeuge versorgt werden. Und dann folgten die Lawinen, die vielenorts ganze Dorfteile verschütteten und insgesamt mehr als 90 Todesopfer forderten; davon allein 53 in Graubünden, 16 im Tessin und 13 im Kanton Uri. Besonders schwer heimgesucht wurden am 20. Januar Andermatt und das Bündnerdorf Vals und am 12. Februar Airolo, das vorübergehend gänzlich geräumt werden mußte und wo die Schneemassen, wie der Chronist mit eigenen Augen sah, noch Ende April den Häusern bis weit ins erste Stockwerk hinaufreichten. Da ist die Hilfsbereitschaft der Schweizer wieder einmal in schönster Weise lebendig geworden. Im ganzen Lande wurden einzelne Franken, Hunderter- und Tausendernoten zusammengelegt, so daß die Sammlung schließlich 14 Millionen Franken überstieg und wenigstens die materiellen Schäden wohl annähernd gedeckt werden können. Daß dieser Opfergeist sich auch in andern Situationen stets bewähren möge, das ist der Wunsch, mit dem der Chronist seinen diesjährigen Bericht schließt.

Anekdoten um Voltaire

Eines Tages beklagte sich der Herzog von Ruquelaure bei Voltaire, daß es kein Mittel gebe, üblen Nachreden in allen Gesellschaften zu entgehen, in denen man verkehre.

„Doch. Es gibt ein Mittel", meinte Voltaire.

„Welches?"

„Kommen Sie in jede Gesellschaft als Erster und gehen Sie als Letzter."

Als Voltaire zum ersten Male in Paris der Erzieherin Maintenon, der späteren Geliebten des Königs Ludwig, begegnete, fragte sie ihn: „Sie haben in Berlin die Tänzerin Barberina gesehen?"

„Ja."

„Man sagt, sie sei die schönste Frau Europas."

„Das, mein Fräulein", verbeugte sich Voltaire, „hatte ich bis heute auch geglaubt."

Eines Tages empfing Voltaire auf seinem Landsitz Ferney den Besuch eines Bürgers, den er nach den Sitten seiner Zeit köstlichst bewirtete.

„Es ist einfach wunderschön bei Ihnen", rief der Bürger schon am ersten Abend begeistert aus, „am liebsten bliebe ich vier Wochen hier."

Da lächelte Voltaire und sagte: „Don Quichote nahm die Wirtshäuser für Schlösser. Sie, mein Herr, scheinen die Schlösser für Wirtshäuser zu nehmen."